

# HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2022 / Ausgabe 156 – 21. Dezember 2022



*Ein Jahr Ampel*

*Haushalt 2023*

*Rückkehr zum Mond*

*Weihnachten*

## EIN JAHR CHAOS-AMPEL!

### SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE FREUNDE,

das Jahr 2022 neigt sich dem Ende zu – ein ereignisreiches Jahr, leider wieder mehr im negativen denn im positiven Sinne. Nach der Pandemie stürzte der heimtückische Überfall Russlands die Welt in die nächste Großkrise, deren Ausläufer sich mit Energieknappheit, befeuerter Inflation und Rezession auch in Deutschland schmerzhaft bemerkbar machen.

Krisen, das seien die Stunden der Exekutive, so ein gern bemühtes Sprichwort. Wie also schlägt sich die Ampel-Regierung nach einem Jahr Probezeit? Leider nicht gut. Während Gas und Strom knapp werden, die Preise immer weiter steigen und Bürger und Unternehmen von Existenzängsten geplagt werden, schläft die Bundesregierung: sie tut nichts oder nicht genug! Von der Ausstattung der Bundeswehr über die verdeckte Erhöhung der Erbschaftssteuer bis hin zur Migrationspolitik, – wo immer es eine falsche Abzweigung zu nehmen gibt, die links-gelbe Koalition biegt mit Verve ab! Entsprechend lässt sich Jahr eins der Ampel mit einem Wort beschreiben: Verheerend!

Wer gehofft hatte, die FDP werde schon den schlimmsten Unsinn abwehren können, der wurde ebenso enttäuscht. Die Liberalen und ihr Bundesfinanzminister Christian Lindner winden sich und agieren dabei wie Goethes Zauberlehrling, werden sie doch die linken Geister, die sie nach der Bundestagswahl riefen, nicht mehr los. Zu groß sind die sozialistischen Begehrlichkeiten, zu übermächtig die rot-grüne Schuldensucht. Die bisherige Haushaltsführung der Ampel ist ein Fiasko. Rekordverschuldung, Schattenhaushalte und Aushöhlung der Schuldenbremse, das sind die Mittel der Wahl. Für die Ampel gilt darum Konrad Adenauers Satz: „Alles, was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, daß sie es von anderen haben wollen.“

#### Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73124  
Fax: (030) 227 76124  
[klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Hirsenstr. 13  
65329 Hohenstein  
Tel.: (06120) 91 00 51  
Fax: (06120) 91 00 52  
[klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de)



## EIN JAHR AMPEL UND DIE FOLGEN

Seit einem Jahr ist die Ampel nun an der Macht und man bekommt schon ganz deutlich ein Gefühl dafür, was Sozialismus bedeutet: Deindustrialisierung, Versorgungsengpässe, Politikverdrossenheit und Verrat an den Leistungsträgern der Gesellschaft. Steht die Union in der Tradition der blühenden Landschaften, steuert Deutschland unter Führung des Schlafwagen-Kanzlers Scholz in unwegsames Gelände. Würde ich alle Fehler der Ampel auflisten, müsste ich ein weiteres Buch schreiben. Da wir als Unionsfraktion jedoch alle Hände voll zu tun haben, die Scherben der linksgelben Schlafwandler aufzulesen, möchte ich Ihnen in diesem Hauptstadtbrief wenigstens einige Tiefpunkte aus einem Jahr linker Regierungspolitik auflisten.

Kaum ins Amt gekommen begann die Ampel gleich damit, Steuergeld zu verschleudern, indem sie sofort 200 neue Beamtenstellen schuf und hunderte weitere Planstellen vorbereitete. Einen Nutzen für das steuerzahlende Staatsvolk, welches von der Ampel auch im weiteren Verlauf des Jahres bis zur Austrocknung gemolken werden sollte, hat das natürlich nicht. Lediglich für die seitherigen Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), die sich nun am wärmenden Feuer üppig besoldeter Regierungsämtler kuscheln können. Kathrin Goering-Eckart schant der Seenotrettungs- oder auch Schlepperorganisation ihres Mannes Millionen zu, faselte sogar davon, eine Parlaments-Poetin einzustellen. Man fasst es nicht!

Auf Anstand und Sachverstand hofft man vergebens. Die linken Moralapostel vermögen es bis heute nicht, der Ukraine eine substantielle militärische Unterstützung zu Teil werden zu lassen. Kanzler Scholz sprach vollmundig von einer Zeitenwende, doch kann (oder will?) er sich mit seinem Versprechen, die Bundeswehr ordentlich auszustatten, bei Pazifisten und Spät-Achtundsechzigern von SPD und Grünen nicht durchsetzen. Da die FDP, von der ich mir mehr Standhaftigkeit in der Regierung erhofft hatte, es auch nicht schafft, ihre Koalitionspartner auf den Pfad der Tugend zu führen, stehen wir ohne ausreichende Verteidigungskapazitäten eher vor einem Zeilenende als am Beginn einer Zeitenwende. Im Herbst, als Olaf Scholz gegen den Rat all seiner Berater und mehrerer Ministerien eine Beteiligung des rotchinesischen Unternehmens Cosco an einem Hamburger Hafenterminal durchdrückte, wurde deutlich: Scholz kann sich durchsetzen, wenn er es will. In Bezug auf die Bundeswehr bedeutet das wohl, dass die Verteidigung unseres Heimatlandes bei Scholz keine allzu hohe Priorität hat. Die ungute traditionelle Nähe der SPD zu Russland und Rotchina erschwert die Anerkennung der neuen Realität in Europa hier und jetzt.

Das Thema Bundeswehr ist damit noch nicht erledigt. Scholz persönlich wählte für das Amt des Verteidigungsministers Christine Lambrecht aus, die in Rekordzeit den Unmut ihres Ministeriums und der Soldaten auf sich zog. Fachliche Ahnungslosigkeit mischen sich bei ihr mit instinktloser Dreistigkeit. Immerhin flog ihr Sohn mehrfach in Regierungsmaschinen mit und posierte dabei im Internet.

Der Ukrainekrieg geht weiter und Deutschland steht blank da. Das gilt auch für unsere Energieversorgung. Dank der planwirtschaftlichen Energiewende löst Deutschland inzwischen weltweit nur noch Kopfschütteln und Gelächter aus.

Nachdem Russland den Gashahn abdrehte, reiste Wirtschaftsminister Habeck um die Welt, um nach alternativen Gasbezugsquellen zu suchen. Dabei verbeugte er sich tief wie ein Lakai vor dem katarischen Handelsminister. Robert Habeck könnte man die fehlende Souveränität ja verzeihen, wenn denn wenigstens ordentliche Gaslieferungen die Folge dieser Unterwürfigkeit gewesen wären. Doch stattdessen schwören die Grünen uns darauf ein, dass der Winter kalt wird, und die Gasvorräte nur dann ausreichen, wenn die Temperaturen nicht ganz so tief gehen, wie das in einem deutschen Winter nicht selten der Fall ist. (Dass die Großmäuligkeit während der Fußball-WM nur wieder ein Zeichen von linkem Gratismus und verblindetem Realitätssinn war, soll auch an dieser Stelle als Fußnote vermerkt werden.) Um das Energiedefizit auszugleichen, würde es sich natürlich anbieten, die funktionierenden Kernkraftwerke weiter zu nutzen. Doch nicht mit den Ökosozialisten! Um an der eigenen Parteidoktrin festhalten zu können, müssen die Deutschen frieren lernen. Das muss diese soziale Wärme des Sozialismus sein, von der die Genossen immer reden. Die Grünen fanden Heimatliebe ja sowieso stets „zum Kotzen“, sollen die Deutschen doch frieren.

Und frieren werden die Bürger. Jedoch nicht, ohne trotz allem nochmal kräftig

zur Kasse gebeten zu werden. Durch die Erhöhung der Bemessungsgrundlage, ohne gleichzeitige Erhöhung der Freibeträge, führt die Ampel de facto eine Erhöhung der Erbschaftssteuer durch. Konkret heißt das, dass Sie jahrzehntelang hart gearbeitet, fleißig (eine Menge) Steuern gezahlt haben um sich ein Eigenheim aufbauen zu können. Diesen Vermögenswert, den Sie eigentlich an Ihre Kinder weitergeben wollen, werden Ihre Nachkommen, wenn es nach der Ampel geht, je nach Lage verkaufen müssen, um die Erbschaftssteuer bezahlen zu können. Von diesem Geld werden dann Genderlehrstühle finanziert und linksextreme Gruppen in ihrem sogenannten „Kampf gegen Rechts“ finanziell unterstützt. Ich bin meinen Parteifreunden im Bundesrat sehr dankbar, dass sie versuchen, dies aufzuhalten.

2015 darf sich nicht wiederholen. Dies war zurecht der Common Sense, der sich in den bürgerlichen Milieus durchgesetzt hatte. Die Flüchtlinge und Asyltouristen, die damals zu uns kamen, sind zu großen Teilen auch sieben Jahre später noch Sozialhilfeempfänger, nicht integriert und eine Belastung für unser Land. Schlimm ist, dass die Flüchtlinge von 2015 und den Jahren danach, nach deutschem Recht gar nicht asylberechtigt waren und sind. Steuergeld wird also verschwendet, um Illegalen ein Auskommen zu sichern, ohne dass diese willig sind, dem Land etwas zurückzugeben. Die Pressemeldungen, dass die Flüchtlingswelle, die nun wieder in Tsunamigröße anrollt, den Fachkräftemangel beheben würde, müssen wir nach den Erfahrungen von 2015 entschieden als das zurückweisen, was sie sind: Fake News!

Den Schaden, den die Ampel innerhalb eines Jahres in Deutschland angerichtet hat, auszuformulieren, wird eine Sisyphos-Arbeit für Politikbeobachter und Historiker. Klar ist bisher nur eins: Aller Schaden wäre zu verhindern gewesen. Die Union hat eine Vielzahl konstruktiver Anträge eingebracht, welche die Bürger entlastet, die Sicherheitslage verbessert und den Wirtschaftsstandort gestärkt hätten. Alle Anträge wurden von der linksgelben Bundesregierung abgelehnt. Zu den zahlreichen Ampel-Vorlagen der letzten Sitzungswoche des ablaufenden Jahres schreibt unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz treffend: *„Darunter waren auch die Gesetze der Koalition für die versprochenen Gas- und Strompreisbremsen. Dazu gab es in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch noch 346 (!) Seiten Änderungsanträge, die am Mittwochmorgen in den Ausschüssen abschließend beraten und am Donnerstagmorgen im Plenum in 2. und 3. Lesung beschlossen werden sollten. Kein einziger Abgeordneter konnte diese Texte in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit noch lesen, geschweige denn in Ruhe bewerten. Das ist Gesetzgebung im Blindflug, vollkommen in der Hand der Ministerialbürokratie und eine Zumutung für das Parlament.“*

Deutschland hat eine bessere Regierung verdient. Ich bin zuversichtlich, dass dieses linke Experiment, dessen Zeugen wir gerade werden, zu einem Umdenken führt und sozialistische Politik dahin verbannt wird, wo sie hingehört: ins Abseits!

## HAUSHALT 2023

Wo wir schon bei sozialistischer Verschwendungssucht sind: Bundesfinanzminister Lindner feiert sich dafür, dass er die Schuldenbremse mit dem Haushalt 2023 nach drei Jahren wieder einhalte. Tatsächlich ist das nur scheinbar der Fall. Denn der Finanzminister ist seit seinem Amtsantritt damit beschäftigt, die Schuldenbremse auf allen denkbaren Wegen zu umgehen und die Steuerzahler damit hinters Licht zu führen. Er hat in diesem Jahr Gelder in dreistelliger Milliardenhöhe in Sondervermögen geparkt, die er aber ausdrücklich erst im Jahr 2023 und in den Folgejahren ausgeben will. Damit verstößt er gegen das Prinzip der Jährlichkeit des Haushaltsrechts. Die Schulden werden auf das Haushaltsjahr 2022 angerechnet, obwohl die Ausgaben erst später erfolgen. Auch der Bundesrechnungshof (Bericht zur Finanzierung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds vom 18. Oktober 2022) findet dieses Vorgehen „in mehrfacher Hinsicht problematisch.“

Solide Haushaltspolitik heißt vor allem Ausgabendisziplin. Nicht jedes Projekt lässt sich bezahlen, unsere Mittel sind endlich – damit muss man leben! Davon verstehen linksgrüne Sozialisten leider nichts und die FDP lässt sich von den Sozialisten am Nasenring durch die Manege führen.

Wie solide und generationengerechte Haushaltspolitik gehen könnten, das haben wir der linken Ampel als CDU/CSU-

Bundestagfraktion in den Haushaltsdebatten in diesem Jahr vor Augen geführt. Wir haben mit unseren Anträgen aufgezeigt, dass die von der Koalition geplante Neuverschuldung in Höhe von 45,6 Milliarden Euro komplett auf Null abgesenkt werden könnte. Eine Reduktion der Neuverschuldung sorgt für weniger Zins- und Tilgungslasten in der Zukunft und schafft damit finanzielle Spielräume für nachkommende Generationen. Der Staat kann nicht die Zukunft kommender Generationen zugunsten dämlicher linker Politik von heute verspielen. Mit unseren Gegenvorschlägen zeigen wir, was an Haushaltsdisziplin möglich und notwendig ist. Leider gilt nach wie vor Konrad Adenauers Satz: *„Alles, was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, daß sie es von anderen haben wollen.“*

Als Antwort auf die Ausgabenorgie der Ampel haben wir ein angebotsorientiertes Wachstumspaket präsentiert, mit dem Deutschland sicher durch und vor allem gestärkt aus der Krise kommen könnte. Aus diesem Grund wollen wir die Gesamtbelastung der Unternehmen auf 25% begrenzen und hierzu u.a. die Körperschaftsteuer um 5 Prozentpunkte auf 10 Prozent senken. Dies würde die Unternehmen mit 15 Milliarden Euro jährlich entlasten. Ziel ist ein schnelles Herauswachsen aus der Rezession bei einer verbesserten Wettbewerbssituation im internationalen Vergleich. Es gilt bereits jetzt einer schleichenden, aber spürbaren Deindustrialisierung entgegenzuwirken, welche die Umverteilungs- und Planwirtschaftsideologen der Ampel zu verantworten haben. Wir haben im Klima- und

Transformationsfonds u.a. Anträge zur Stärkung der Forschung und Erprobung alternativer Antriebstechnologien sowie zur Weiternutzung stillgelegter Gasförderfelder durch Geothermie eingebracht. Gleichzeitig setzten wir uns ein für KMU und Handwerksbetriebe bei der Umsetzung energieeffizienter Maßnahmen sowie dem Wechsel von Energieträgern mit 500 Millionen Euro. Zudem wollten wir in den Ausbau der Landstromversorgung investieren und eine Förderung der Überdachung von Parkplatzflächen mit Photovoltaikanlagen einführen.

Die derzeitige Krisenlage zeigt: Sicherheit hat ihren Preis. Gerade die Flutkatastrophe an der Ahr hat uns vor Augen geführt, dass Naturgewalten unberechenbar sind und wir unsere Widerstandsfähigkeit stärken müssen. Doch leider sind viele Sicherheitsinstitutionen bezüglich Ausrüstungslage genauso schlecht vorbereitet, wie es damals die rheinland-pfälzische Umweltministerin Anne Spiegel war. Statt die Krise ordentlich zu managen, sorgte Spiegel sich um ihr Image und Gendersternchen. Dennoch wurde sie Bundesfamilienministerin, bevor sie zurecht über diesen Skandal stolperte. Mit solchen Leuten ist kein Staat zu machen!

Der Zivil- und Katastrophenschutz braucht modernes Gerät und Ausrüstung, um im Notfall den Bürgerinnen und Bürgern schnell zur Seite stehen zu können. Gleiches gilt für die Bundespolizei, deren Ausrüstungslage alarmierend ist. Gerade in unruhigen Zeiten wie diesen, da eine erneute illegale Migrationswelle heranrollt, ist der Schutz unserer Grenzen unabdingbar. Gleichzeitig muss das

Handeln der Einsatzkräfte im Ernstfall vorab immer wieder trainiert werden. Das erfordert auch mehr Gelder für einen planbaren Betrieb und die beste Ausbildung.

Es gibt aber auch im Ausland neue Realitäten, denen wir uns stellen müssen. Allein 100 Milliarden Euro zur Verbesserung der Ausrüstung der Bundeswehr bereitzustellen, reicht nicht. Jetzt müssen Taten folgen und gerade die großen Rüstungsprojekte in die Umsetzung gehen, die entscheidend für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sind. Bei dem schlechten Ausrüstungsstand der Bundeswehr geht es wohlgerne erst um Ausrüstung, noch lange nicht um die ebenfalls notwendige Aufrüstung! Weiterhin setzen Inflation und Energiekrise auch unserer Landwirtschaft schwer zu. Wenn die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln jederzeit gewährleistet sein soll, darf nicht bei der Entwicklung des ländlichen Raums oder bei Notfallreserven an Getreide gespart werden. Gerade in der aktuellen Krise ist es wichtiger denn je, dass wir an der Seite unserer Landwirte stehen. Die Union schlug Entlastungen der Landwirte um rund 282 Millionen Euro vor.

Familienpolitik ist mehr als die Auszahlung von Kindergeld. Entscheidend ist, wie der Bund die Gelder zur Stärkung der Familien einsetzt. Wir als Union wollen die Chancen für die Kinder in unserem Land verbessern, denn sie sind unsere Zukunft. Wir fordern daher eine verlässliche Anschlussfinanzierung des Bundesprogramms Sprach-Kitas; daneben mehr Gelder für die Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne der Unabhängigen

Beauftragten für sexuellen Kindesmissbrauch. Frühkindliche Bildung und Kinderschutz haben für uns Priorität. Kinder sind unsere Zukunft und im Gegensatz zu Einwanderern aus fernen Kulturkreisen tatsächlich ein probates Mittel gegen den Fachkräftemangel.

Nicht nur dem Haushalt 2023 fehlt die Handschrift der Union, auch beim 2. Nachtragshaushalt 2021 machte die Ampel schlechte Arbeit. Als Unionsfraktion reichten wir beim Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen einen Haushaltschwindel ein, den die linksgelbe Bundesregierung den Steuerzahlern unterjubelte. Scholz und Co. wollen nachträglich die Gelder, die als Notfallmittel im Zuge der Coronakrise bereitgestellt wurden, umwidmen und somit zweckentfremden. Leider entschied das Bundesverfassungsgericht, dass eine einstweilige Anordnung, diese Umwidmung zu unterbinden, nicht ergeht. Damit wollten wir als Union verhindern, dass die Ampel verfassungswidrige Tatsachen schafft, die nicht mehr rückabgewickelt werden können. In der Hauptsache wird ein Urteil erst 2023 erwartet. Die Entscheidung bedeutet jedoch nicht, dass das Hauptverfahren, also die Feststellung der Verfassungswidrigkeit dieses Beschlusses, damit vom Tisch ist.

## RÜCKKEHR ZUM MOND

Die NASA-Mond-Mission Artemis I ist zu Ende gegangen. Nach knapp 26 Tagen im All landete die unbemannte Orion-Kapsel planmäßig am 11. Dezember 2022 im Pazifik vor der Küste Mexikos. Damit ist

der erste Schritt für die Rückkehr der Menschheit zum Mond und die weitere Exploration des Weltraums gemacht!

Als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Themen Luft- und Raumfahrt im Wirtschaftsausschuss durfte ich dem Launch der Mission Artemis I vom US-amerikanischen Weltraumbahnhof Cape Canaveral in Florida am 16. November aus nächster Nähe beiwohnen. Ein wahrhaft historischer Moment!

Ein halbes Jahrhundert, 50 Jahre ist es jetzt her, dass mit der Mission Apollo 17 im Dezember 1972 Astronauten zum letzten Mal den Mond betreten haben. Das soll sich noch in diesem Jahrzehnt ändern: Das Artemis-Programm der NASA sieht vor, wieder Menschen auf dem Erdtrabanten landen zu lassen. Aber nicht nur das: Gemeinsam mit internationalen Partnern soll ein dauerhaftes Basislager auf dem Mond errichtet werden, und zusammen mit dem Lunar Gateway, einer Raumstation in der Mondumlaufbahn, die sowohl zur Forschung als auch als „Umsteigebahnhof“ zwischen Raumfähre und Mondoberfläche dient, wird der nächste große Schritt der Menschheit vorbereitet: Der erste Flug von Astronauten zum Mars.

Artemis I war die Erste in einer Reihe von Missionen des Artemis-Programms der NASA. Bei dieser noch unbemannten Mission wurden alle neu entwickelten Systeme im Zusammenspiel getestet – das Orion-Raumschiff, die Rakete SLS

(Space Launch System) und die Kontrollsysteme am Boden – erfolgreich! Artemis II soll eine vierköpfige Crew an Bord haben und den Mond umrunden. Mit Artemis III sollen schließlich wieder Menschen auf dem Mond landen.

Ein zentraler Teil aller Orion-Raumschiffe ist das Europäische Servicemodul ESM, das im Auftrag der NASA von der Europäischen Weltraumorganisation ESA zu wesentlichen Teilen in Deutschland gebaut wird. Hauptauftragnehmer ist Airbus Space and Defence, ein deutscher Champion der Raumfahrt. Das ESM beinhaltet das Haupttriebwerk und liefert über vier Solarsegel den Strom, außerdem reguliert es Klima und Temperatur im Raumschiff und lagert Treibstoff, Sauerstoff und Wasservorräte für die Crew. Amerika fliegt quasi auf deutschen Schultern zum Mond!

Das Orion-Raumschiff und damit auch das ESM gelten als die Arbeitstiere für künftige bemannte Explorationsmissionen zum Mond, aber auch zum Mars und darüber hinaus. Die Artemis-Kooperation ist ein enormer Vertrauensbeweis in die Leistungsfähigkeit der europäischen Raumfahrtationen. Zum ersten Mal in der Geschichte liefert Europa eine kritische Komponente für eine astronautische Mission der NASA.

Auch über das ESM hinaus sind deutsche und europäische Raumfahrtakteure auf vielfältige Weise in das Artemis-Programm eingebunden. Im MARE-Experiment untersucht das Deutsche Zentrum

für Luft- und Raumfahrt (DLR) die Auswirkungen der Strahlenbelastung auf den Menschen. Außerhalb des schützenden Erdmagnetfelds ist die Strahlenbelastung für den menschlichen Organismus sehr hoch. Sie stellt für Besatzungen zukünftiger Langzeitmissionen zu Mond und Mars damit ein erhebliches gesundheitliches Risiko dar. Darum ist es entscheidend, diese Belastung genauer zu bestimmen und Maßnahmen zum Schutz von Astronauten zu entwickeln. Darum reisten beim Artemis-I-Flug zwei Messpuppen des DLR als erste Besatzung mit, um die Strahlenbelastung während des gesamten Fluges zu dokumentieren. Eine Puppe flog dabei ungeschützt, die andere trug eine neu entwickelte Strahlenschutzweste. Die während Artemis I durchgeführten Messungen werden wertvolle Daten zur Risikobewertung und -minderung für künftige Erkundungsmissionen liefern und eine für den Menschen sichere Erforschung des Weltraums ermöglichen. Mit MARE beweist der Wissenschaftsstandort Deutschland seine herausragende Qualität! Für die künftigen Missionen des Artemis-Programms besteht darüber hinaus die Möglichkeit von Mitflügen europäischer Astronauten. Liebe Leser, ich bin mir sicher, ich spreche vielen von Ihnen aus der Seele, wenn ich an dieser Stelle vielleicht schon einmal einen vorzeitigen Weihnachtswunsch äußere. Wäre es nicht wunderbar, in naher Zukunft einen deutschen Astronauten zum Mond zu schicken? Alex Gerst oder Matthias Maurer auf dem Mond! Das wäre großartig!

## WEIHNACHTEN

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde, Weihnachten und der Jahreswechsel stehen vor der Tür. Mit einem Gedicht von Hoffmann von Fallersleben verabschiede ich mich und wünsche ich Ihnen und Ihren Familien gesegnete Weihnachten, ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2023 und Gottes Segen.

*Zwar ist das Jahr an Festen reich,  
Doch ist kein Fest dem Feste gleich,  
Worauf wir Kinder Jahr aus Jahr ein  
Stets harren in süßer Lust und Pein.  
O schöne, herrliche Weihnachtszeit,  
Was bringst du Lust und Fröhlichkeit!  
Wenn der heilige Christ in jedem Haus  
Teilt seine lieben Gaben aus.  
Und ist das Häuschen noch so klein,  
So kommt der heilige Christ hinein,  
Und Alle sind ihm lieb wie die Seinen,  
Die Armen und Reichen, die Großen und  
Kleinen.  
Der heilige Christ an Alle denkt,  
Ein Jedes wird von ihm beschenkt.  
Drum lasst uns freu'n und dankbar  
sein!  
Er denkt auch unser, mein und dein.*

Ihr

*Klaus-Peter Willsch*



### **Weiterleitung des Briefes**

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

### **Aufnahme in den Verteiler**

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an [klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de). Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

### **Veröffentlichung**

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

### **Archiv**

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

### **Facebook**

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>